

# Antragsbereich V: Verfasste Studierendenschaft und demokratische Hochschule

Antrag V1\_17/2

---

1 Antragssteller\*in: Juso-Hochschulgruppe Freiburg

2  
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

## 4 5 **V1\_17/2 Kein grün-schwarzer Maulkorb für die** 6 **Verfasste Studierendenschaft in Baden-** 7 **Württemberg!**

8 Erst 2012 wurde die Verfasste Studierendenschaft (VS) in Baden-Württemberg wiedereingeführt.  
9 Sie war 1977 vom ehemaligen NS-Marinerichter und damaligen CDU-Ministerpräsidenten Hans  
10 Filbinger abgeschafft worden. Ein maßgeblicher Grund für die Abschaffung war, dass die politisch  
11 oft links orientierten Studierendenschaften zu unbequem wurden.

12 So freuten wir Juso-Hochschulgruppen uns, als 2012 von der grün-roten Landesregierung die  
13 Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft umgesetzt wurde. Im  
14 Landeshochschulgesetz wurde für die VS ein „politisches Mandat“ verankert, mit dem es den  
15 VSen zukünftig möglich sein sollte, sich auch politisch zu äußern. Das allgemeinpolitische Mandat  
16 ist von besonderer Relevanz, da es ermöglicht, als Studierendenschaft auch Äußerungen zu  
17 tätigen, die über hochschulinterne Themen hinausgehen. Hochschulen müssen den Anspruch  
18 haben, über die Hochschule hinaus in die Gesellschaft hineinzuwirken. Eine Beschneidung des  
19 allgemeinpolitischen Mandats zeigt demnach ein deutlich verkürztes Verständnis studentischer  
20 Interessenvertretung. Denn diese erschöpft sich bei weitem nicht in Serviceangeboten und  
21 Äußerungen mit rein hochschulpolitischen Bezug. Die baden-württembergische  
22 Wissenschaftsministerin Theresia Bauer sagte 2012 dazu: „Die Studierendenvertreter haben nun  
23 ein politisches Mandat, um wirksam für die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange  
24 aller Studierenden eintreten zu können“.

25 Doch nun, fünf Jahre später, verabschiedet sich Theresia Bauer von einer starken VS und will  
26 gemeinsam mit der CDU das politische Mandat der VS aus dem Landeshochschulgesetz (LHG)  
27 streichen lassen. "Die Einführung der Verfassten Studierendenschaft im Jahr 2012 war eine große  
28 Errungenschaft, an der wir auch weiter festhalten", so wird Theresia Bauer in einer  
29 Pressemitteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur Baden-Württemberg zitiert. Das  
30 Gegenteil ist der Fall. Mit dem Konzept von Grünen und CDU wird die Verfasste  
31 Studierendenschaft ihrer 2012 gewonnenen Stärke wieder beraubt.

32  
33 Diesen Bestrebungen setzen wir Juso-Hochschulgruppen uns klar entgegen. Das politische Mandat  
34 einer VS ist für uns unabdingbar.

35  
36 Die Verfasste Studierendenschaft ist die Interessensvertretung der Studierenden. Diese  
37 Interessen beschränken sich allerdings nicht nur auf den Bereich der Hochschulpolitik.

38 Nach Landeshochschulgesetz § 65 Absatz 2 werden unter anderem die Wahrnehmung der  
39 hochschulpolitischen, fachlichen und fachübergreifenden sowie der sozialen, wirtschaftlichen  
40 und kulturellen Belange der Studierenden, aber eben auch die Förderung der politischen Bildung  
41 als Aufgaben definiert. Konkret soll in § 65 IV LHG: "Im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben

42 nimmt die Studierendenschaft ein politisches Mandat wahr. Sie wahrt nach den  
43 verfassungsrechtlichen Grundsätzen die weltanschauliche, religiöse und parteipolitische  
44 Neutralität." der erste Satz gestrichen werden. Die aufgeführten Aufgaben werden durch das  
45 Streichen des politischen Mandats massiv eingeschränkt bzw. verhindert. So würde es für die  
46 VSen schwierig werden sich beispielsweise in Fragen der Wohnungsnot, die an vielen  
47 Hochschulstandorten besteht, zu äußern. Denn dieses Problem kann nur gesamtgesellschaftlich  
48 angegangen werden.

49 Die Arbeit der VSen geht weit darüber hinaus, ein Serviceangebot für Studierende zu sein. Ihre  
50 Wirkung und das Engagement der Studierenden sind gesamtgesellschaftlich wahrzunehmen.  
51 Gerade im Bezug auf die derzeitigen politischen Entwicklungen auf europäischer und  
52 bundesdeutscher Ebene stellt es eine Notwendigkeit dar, dass die VSen rassistische, sexistische  
53 und antisemitische Entwicklungen, auch im Hochschulbereich, aufzeigen und diesen  
54 entgegentreten. Die Wissenschaft nimmt, gerade in Zeiten von "Fake News", eine wichtige  
55 Position in der Gesellschaft ein und diese sollte auch den wissenschaftlichen Nachwuchs, sprich  
56 die Studierenden, umfassen. Dies wird aber durch die Streichung des politischen Mandats der  
57 VSen nahezu unmöglich gemacht.

58  
59 Was genau unter die im LHG aufgeführten Aufgaben der VSen fällt, führt immer wieder zu  
60 Ungereimtheiten. Das bewirkt massive Rechtsunsicherheiten, die aktives Handeln erheblich  
61 erschweren. So sahen sich bereits einige Verfasste Studierendenschaften Klagen zu ihren  
62 Beschlüssen ausgesetzt. Diese hätten sich nicht im Rahmen eines hochschulpolitischen Mandats  
63 bewegt, obwohl ein klarer Bezug zur Studierendenschaft bestand. Eine permanente Angst vor  
64 Klagen gegen Beschlüsse und damit verbundene Kosten schränken die Handlungsmöglichkeiten  
65 von Studierendenschaften ein. Statt politisches Engagement zu fördern, versucht die grün-  
66 schwarze Landesregierung die Verfassten Studierendenschaften künftig ruhig zu stellen. Die  
67 Rücknahme des Begriffs "politisches Mandat" stellt klar, dass zukünftig nur eine sehr enge  
68 Auslegung des in § 65 II beschriebenen Aufgabenkatalogs gewollt ist. Das ist ein deutlicher  
69 Rückschritt. Über die Formulierung "politisches Mandat" ist sichergestellt, dass das Mandat weit  
70 gefasst werden kann. Das wird nach der geplanten Novellierung nicht mehr möglich sein. Damit  
71 sind die Grünen auf dem Weg zurück in die 70er Jahre.

72  
73 Somit ist der Vorstoß von Theresia Bauer für uns untragbar. Studierendenschaften sind politisch!  
74 Zum politischen Dasein gehört es aber dazu laut zu sein. Das politische Mandat ist keine  
75 Beliebigkeit. Seine Existenz darf nicht davon abhängen, wie sehr einem die Äußerungen der VSen  
76 passen. Es ist notwendiger Bestandteil einer demokratischen Hochschule.

77 Wir Juso-Hochschulgruppen kämpfen auch in Zukunft dafür, dass das (allgemein-)politische  
78 Mandat zu einem festen Bestandteil der Hochschullandschaft wird. Wir wenden uns gegen  
79 jegliche Bestrebungen, ob in Baden-Württemberg oder anderswo, die politische Teilhabe der  
80 VSen einzuschränken und ihnen einen Maulkorb zu verpassen. Für uns ist Demokratie an  
81 Hochschulen kein Selbstzweck, sondern ein elementarer Bestandteil der Hochschullandschaft.

82  
83 Wir fordern deshalb auch alle Sozialdemokratischen Mandats- und Amtsträger\*innen in der  
84 Wissenschaftspolitik auf, darauf hinzuwirken, das Mandat der Verfassten Studierendenschaften  
85 zu stärken und das Allgemeinpolitische Mandat in allen Landeshochschulgesetzen zu verankern.